

Schwerpunkt Umgestaltung des Energiesystems

Wie schafft Liechtenstein die Energiewende, welche Massnahmen soll das Land setzen?

Aufgabe Mittlerweile zweifeln nur mehr wenige daran, dass Massnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden müssen. Auch Liechtenstein will handeln und bis 2050 den Ausstoss an Treibhausgasen auf Null reduzieren. Wie diese Aufgabe gelingen kann, darüber sind sich Politiker und Organisationen noch uneinig.

VON SILVIA B ÖHLER

Wir heizen unsere Wohnung, fahren mit dem Auto zur Arbeit, telefonieren, kaufen ein. Alle diese Tätigkeiten verursachen Treibhausgas. Im Jahr 2018 rechnete die Statistik jedem Bürger Liechtensteins rund 4,7 Tonnen CO₂-Äquivalente (Masseinheit der unterschiedlichen Treibhausgase) zu. Rechnet man zudem die in Liechtenstein konsumierten Produkte aus dem Ausland hinzu, sind es sogar 14 Tonnen (Klimavision 2050).

Bis in 30 Jahren soll jedoch der von Menschen verursachte Ausstoss an klimaschädlichen Gasen auf Null reduziert und eine 100-prozentige Umstellung auf erneuerbare Energien gelingen – weltweit und auch hier in Liechtenstein. Die von der Regierung Anfang Oktober vorgestellten Papiere, Energiestrategie 2030 und Energievision 2050, sollen aufzeigen, welche Massnahmen dafür ergriffen werden müssen.

Verschiedene Standpunkte

Einige Organisationen im Land haben bereits Stellung zu den Papieren genommen. So erachtet die Solargenossenschaft Liechtenstein (SLG) die gesteckten Ziele der Regierung als zu wenig ambitioniert. 13 formulierte Forderungen an die Politik sollen einen schnelleren Weg hin zur Energiewende aufzeigen. Zentral sind dabei der Auftrag des Landes an die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW), nur mehr 100 Prozent erneuerbare Energie zu importieren. Ausserdem sollen Fotovoltaikanlagen massiv ausgebaut und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Georg Sele, Präsident des Liechtensteinischen



Sonnenenergie, Wind- oder Wasserkraft – bis 2050 soll der gesamte Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Liechtenstein will vor allem auf Fotovoltaikanlagen setzen. Rund 80 Prozent des Stroms werden allerdings importiert und stammen unter anderem aus Atom-, Kohle-, Öl- oder Gaskraftwerken. (Symbolfoto: SSI)

Verkehrs-Clubs, legt in seiner Stellungnahme zur Klimastrategie 2030 und Klimavision 2050 einen anderen Fokus. Seiner Meinung nach gelinge eine echte Energiewende nur mit einer Verkehrswende. Dies bedinge vor allem eine Verhaltensänderung in der Wahl der Verkehrsmittel. Gemäss Sele erledigen wir zu viele Wege mit dem Auto, und weil liebgelebte Gewohnheiten nur ungern aufgegeben werden, sieht Sele die Politik in der Pflicht: «In der Verhaltenspsychologie ist bekannt, dass menschliche Gewohnheiten – wie die Verkehrsmittelwahl – nur durch eine Kombination von Pull- & Push-Massnahmen im nötigen Umfang geändert werden können.» Ein-

drücklich zeige dies auch ein Beispiel aus Österreich. «Bei Arbeitgebern mit gratis Parkplätzen werden 82 Prozent der Arbeitswege per Auto zurückgelegt, ohne Firmenparkplätze nur 36 Prozent», schreibt Sele. Leider fehle dem hiesigen Ministerium der Mut zu Push-Massnahmen, wie beispielsweise das verpflichtende Betriebliche Mobilitätsmanagement (BMM) für Arbeitgeber mit 50 und mehr Mitarbeitenden oder die Besteuerung von Gratis-Parkplätzen am Arbeitsplatz.

Die Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs erachtet Sele als ein wichtiges Element einer Energie- und Klimastrategie, doch würden die E-Autos verkehrstechnisch keine Vor-

teile bringen. Eine Person im Auto habe im Durchschnitt etwa einen Platzbedarf von 115 Quadratmetern und damit rund zehn Mal mehr als eine Person im öffentlichen Verkehr oder auf dem Fahrrad. Zu Fuss benötige man nur etwa drei Quadratmeter.

Wer steht für was?

Sowohl der Verkehrs-Club Liechtenstein, als auch die Solargenossenschaft Liechtenstein wenden sich mit ihren Forderungen an die Politik. Denn gerade im Hinblick auf die Landtagswahlen sei es wichtig, dass die Parteien ihre Vorstellungen und vorgesehenen Beiträge zur Energiewende bekannt geben und die Stimmbürger wissen, welche Partei-

en wofür stehen. Das «Volksblatt» hat deshalb nachgefragt, wie die Parteien zu den Forderungen der Solargenossenschaft stehen. Das Streben nach einem höheren Eigenversorgungsgrad wird demnach von vielen befürwortet, zusätzliche Pflichten und Verbote für die Bürger, die wahrscheinlich nur wenig Akzeptanz finden würden, erachten einige hingegen als nicht zielführend. Von zwei Parteien wird auch das Rheinkraftwerk wieder ins Spiel gebracht. Man darf also gespannt sein, welche weiteren Vorschläge und Kritikpunkte die Abgeordneten zur Energiestrategie 2030 und Energievision 2050 in der Novembersession des Landtages vorbringen werden.

Umfrage: Wie stehen Sie zu den Forderungen der Solargenossenschaft Liechtenstein?



Die SLG hat 13 spannende Forderungen formuliert, die grundsätzlich zu unterstützen sind. Primär braucht es die Akzeptanz der Bevölkerung, damit dies auch zum nötigen Umdenken führt, um bis 2050 CO₂-neutral zu sein und 100 Prozent erneuerbare Energie zu verwenden. Verbote erzeugen Widerstand und darum müssen wir die Anreize erhöhen, denn nur so gelingt die Energiewende. Im Kern sind sich Regierung und SGL einig, aber die Geschwindigkeit der Umsetzung ist aus Sicht der SGL zu langsam. Diese Sicht teile ich, denn ambitioniert sieht anders aus.»

DANIEL OEHRY
FRAKTIONSSPRECHER FPB



«Das Streben nach einer besseren Eigenversorgung befürworte ich. Die Fotovoltaik lieferte im Jahr 2019 nur 2,1 Prozent Zufallsenergie an den gesamten Energieverbrauch in Liechtenstein. Das Papier der SGL ist ein Forderungskatalog. Fakten für eine Beurteilung der Sachlage fehlen. Die aufgezeigten Lösungsvorschläge werden sicher diskutiert, jedoch Fotovoltaik mit Windrad genügt nicht. Es stellt sich also wieder die Frage eines Rheinkraftwerkes. Energie muss dauernd verfügbar sein und ist im privaten und produzierenden Sektor auch eine Preisfrage.»

HERBERT ELKUCH
FRAKTIONSSPRECHER DpL



«Die VU ist überzeugt, dass die in der Energiestrategie 2030 geplanten Effizienzanstrengungen und die Ziele bei den erneuerbaren Energien das Optimum zwischen Ökonomie und Ökologie darstellen. Wir sehen die Forderung der SLG grundsätzlich als Unterstützung und Bestärkung der von der Regierung festgelegten Ziele an. Dass sich die Solargenossenschaft teilweise eine schnellere Gangart wünscht und damit in einer ansonsten herausfordernden Zeit den Bürgern wie auch der Wirtschaft zusätzliche Pflichten auferlegen will, nehmen wir zur Kenntnis.»

GÜNTHER FRITZ
PARTEIPRÄSIDENT VU



«Die Freie Liste unterstützt die Forderungen der SLG vorbehaltlos. Die Herausforderungen, die uns der Klimawandel stellt, brauchen entschlossenes Vorangehen. Es braucht ambitionierte Ziele beim Ausbau von erneuerbaren Energien. Selbst wenn wir den «ambitionierten Zielen», wie sie die Regierung in der Beantwortung der Interpellation der Freien Liste vom Juli 2019 formuliert, folgen würden, würden wir bis 2050 gerade mal den heutigen Strombedarf mit erneuerbarer Energie decken. Die Regierung verfolgt nicht die Erreichung von ambitionierten Zielen.»

CONNIE BÜCHEL BRÜHWILER
CO-PARTEIPRÄSIDENTIN FL



«Die Forderungen der Solargenossenschaft sind sehr umfangreich. Was davon umsetzbar und sinnvoll ist, muss jeweils einzeln überprüft werden. Bei der Windkraft hat die Volksabstimmung in Balzers gezeigt, dass selbst bei erneuerbaren Energien nicht automatisch ein positiver Volksentscheid vorausgesetzt werden kann. Grundsätzlich bin ich dafür, die Eigenversorgung Liechtensteins zu steigern. An vorderster Stelle steht für mich aber die Energiesicherheit. Vielleicht sollten wir langfristig wieder über ein Rheinkraftwerk nachdenken.»

ADO VOGT
STELLV. ABGEORDNETER DU